



Wahlrecht

Kein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer

Der Landtag hat in dieser Woche nach einer heftigen Debatte über das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer abgestimmt. Für die Änderung wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Landtags Nordrhein-Westfalen notwendig gewesen, die nicht zustande gekommen ist. CDU und FDP haben mit guten Argumenten dagegen gestimmt. Ein kommunales Ausländerwahlrecht wäre integrationsfeindlich, verfassungswidrig und angesichts der aktuellen außenpolitischen Situation politisch fahrlässig. Aus diesen Gründen habe ich wie die gesamte CDU-Landtagsfraktion gegen das Gesetz gestimmt.

Weiterlesen auf <https://kurzlink.de/wahlrecht>

Innere Sicherheit

NRW muss rechtlich aufrüsten, um Terrorbedrohung nachhaltig zu bekämpfen

Die CDU-Landtagsfraktion hat in dieser Plenarwoche einen Eilantrag in den Landtag eingebracht, um die rechtlichen Befugnisse der Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Rot-Grün hat die CDU-Initiative abgelehnt. Dabei muss Nordrhein-Westfalen rechtlich aufrüsten, um die wachsende Terrorbedrohung nachhaltig und effektiv zu bekämpfen. Der geplante Terroranschlag von Essen ist nur ein weiteres Beispiel dafür, dass Nordrhein-Westfalen im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus steht. Die salafistische Szene in unserem Land agiert hochmobil und sehr gut vernetzt. Unsere Sicherheitsbehörden brauchen das nötige Handwerkszeug, um darauf angemessen reagieren zu können. Ihnen stehen nicht die gleichen rechtlichen Mittel zur Verfügung, wie den Kollegen in anderen Bundesländern. Mit der Ablehnung des CDU-Antrags hat Rot-Grün den Moment verpasst, Nordrhein-Westfalen wieder ein Stück sicherer zu machen.



Meine Rede vom 15.03.2017 dazu finden Sie hier: <https://youtu.be/JEd7RD8i904>

Besuchergruppe

Elisabeth-von-Thüringen Realschule besucht mich im Landtag



Über die Themen Innere Sicherheit sowie schulische und berufliche Bildung habe ich mit Schülerinnen und Schülern der Elisabeth-von-Thüringen Realschule aus Brühl diskutiert, die mich unter der Leitung der Lehrerin Monika Thieltges und der Referendarin Agnes Gers im Landtag besucht haben. Ich freue mich immer wieder über das Interesse von jungen Menschen am politischen Geschehen. Der Besuch der Schülerinnen und Schüler und eine lebhaft diskutierte Diskussion haben gezeigt, wie groß das Interesse an Politik zum Anfassen ist. Besonders freue ich mich darüber, dass auch über Wege in die Politik und die Möglichkeiten des eigenen Engagements diskutiert wurde. Politik ist alles andere als "out" bei jungen Menschen.